

14.01.20 - Pressemitteilung 2020-1:

Natur- und Umweltschutz im Odenwaldkreis mit schlechter Bilanz 2019

Umweltverband BUND blickt auf Entscheidungen zurück

Nach neuen Umfrageergebnissen steht Umwelt- und Naturschutz bei der Bevölkerung hoch im Kurs. Wie abweichend die Realität der politischen Entscheidungen im Odenwaldkreis im vergangenen Jahr war, erläutert der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) in seiner Jahresbilanz 2019.

Verbandssprecher Harald Hoppe beobachtet seit Jahren die Entscheidungen der kommunalen Parlamente in Bauangelegenheiten insbesondere die Bebauungspläne. Er hat im Kreisgebiet 260 Pläne ausgemacht, die in den vergangenen 20 Jahren beschlossen wurden und die auch Bestimmungen enthalten, die die Umwelt in der jeweiligen Gemeinde verbessern sollten. In jedem dieser Pläne gibt es mindestens ein Beispiel der folgenden Art: ‚auf dem Grundstück X muss ein Baum oder Strauch angepflanzt werden‘ oder ‚das Grundstück Y muss für die Natur bereitgestellt werden und es soll dort ein größeres Gebüsch angelegt werden‘. Für das erste Beispiel ist die Grundstückseigentümerin verantwortlich, für das zweite die Gemeinde. Die Ausführung überwachen soll ebenfalls die Gemeinde.

Grottschlechte Erfolgsbilanz

Bereits vor zwei Jahren hatte der BUND jeweils zwei Pläne in jeder Gemeinde auf die Einhaltung dieser Regelungen überprüft und konnte in keinem Fall feststellen, dass alle Umwelt-Aufgaben der Pläne erfüllt worden waren. In persönlichen Gesprächen mit den Bürgermeistern von Oberzent, Michelstadt, Bad König, Lützelbach, Brensbach und Reichelsheim wurde 2019 die Thematik erörtert – die Verwaltungschefs signalisierten immer, sich um das Thema zu kümmern und um Abhilfe besorgt zu sein. Die Bürgermeister von Erbach, Fränkisch-Crumbach sahen keinen Gesprächsbedarf mit dem BUND und lehnten entsprechende Anfragen ab. Der Höchster Bürgermeister hatte bereits 2018 kategorisch Gespräche mit dem Umweltverband abgelehnt, sorgte jedoch für die Nachholung der fehlenden Pflanzmaßnahmen durch die Eigentümer. In Bad König bedauerte der neue Bauamtsleiter zwar die Fehler der Amtsvorgänger, aber den Sachverhalten nachzugehen konnte er nicht zusagen. Bis heute sind die angemahnten Versäumnisse nicht behoben – eine anzupflanzende Hecke in Nieder-Kinzig und die extensive Nutzung von Grünlandflächen in Etzen-Gesäß stehen seit 5 Jahren aus.

Bestätigung von Verstößen durch das Kreisbauamt

In einem Fall in Fränkisch-Crumbach weigerte sich der Verwaltungschef, auf nachgewiesene Verstöße gegen baurechtliche Vorschriften zu reagieren. Das Kreisbauamt hatte dem BUND attestiert, zu Recht auf ordnungswidrige und vom Bebauungsplan nicht zugelassene Nutzungen von Gewerbegrundstücken hingewiesen zu haben. Ob hier inzwischen die Bauaufsicht tätig wurde, entzieht sich der Kenntnis des BUND.

Zaghafte Nachbesserungen

In Oberzent kam die Verwaltung zwar der Mahnung des BUND entgegen, allerdings wurde als Ersatz für eine an der Fotovoltaikanlage Beerfelden fehlende Heckenpflanzung eine Maßnahme im Wald vorgeschlagen, die infolge der klimabedingten Waldschäden aber eher in die ferne als in die nahe Zukunft gerückt ist.

Der Flächenfraß geht ungebremst weiter

Aus der Statistik der Bebauungspläne geht hervor, dass im Kreis im vergangenen Jahr 26 Planungen in Arbeit waren. Das sind etwa 10% der in 20 Jahren aufgestellten Pläne. Die Gemeinden haben keine Maßnahmen ergriffen, um das vom BUND dokumentierte Defizit bei der Herstellung der Umweltaufgaben in der Bauleitplanung zu beseitigen. Die neuen Pläne haben dieselben Textbausteine, die keine Gewähr dafür bieten, dass die Verwaltungen die auf dem Papier stehenden Maßnahmen für die Umwelt auch realisieren. Besondere Verdienste bei der Umgehung der sonst üblichen Umweltreparatur haben sich die Parlamente in Lützelbach und Brombachtal erworben. Hier wurde in drei Plänen der Ausgleich für die Naturzerstörung vorab ausgeschlossen. Damit dokumentieren diese Volksvertretungen, wieviel ihnen der Erhalt der Natur wert ist: nichts.

Höhepunkt der geplanten Umweltzerstörung ist der zum Jahresende beschlossene Plan für die Erweiterung einer Kelterei in Beerfurth, durch den eine alte Streuobstwiese durch eine 100x70x13m große Halle ersetzt werden wird. Statt einer vielfältigen Natur wird es an diesem Ort künftig die Produktion von Millionen Aludosen geben, die den Odenwald ‚bereichern‘ werden, weil ein Rücknahmesystem dem Betrieb selbstverständlich nicht zuzumuten ist.

Projekte für die Umwelt

Die Kommunen wurden 2019 vom Naturschutzbeirat des Odenwaldkreises aufgefordert, die Pflegemaßnahmen ihrer Grundstücke und der Wege nach umweltschonenden Kriterien neu zu planen. Erfreulicherweise haben diesen Aufruf die meisten Parlamente und Verwaltungen durch Beschlüsse unterstützt. Statt unnötigem ‚Saubermachen‘ sollten in 2020 viele Wegeränder und öffentliche Grundstücke durch die geänderte Pflege mehr Natur und Leben zulassen als in der Vergangenheit. Leider hat es auch in 2019 keine Gemeinde zu einer Neuausweisung von Naturschutzflächen gebracht – das letzte Naturschutzgebiet im Kreis wurde 2003 ausgewiesen. Hier besteht also noch Nachholbedarf, soll der anfangs zitierte Wunsch der Bevölkerung Realität werden.